

Presseerklärung

Abschaffen statt Anschaffen –
Neugründung der regionalen Initiative „Solwodi-Sisters“ gegen
Prostitution

Am 22.09.16 trafen sich in Osnabrück interessierte Bürger und Bürgerinnen zur Gründung einer Initiative für Frauenrechte und gegen Prostitution in Stadt- und Landkreis als Untergruppe des bundesweit agierenden Vereins „Sisters“ zu einem ersten Treffen. Sisters bestehen aus ehrenamtlichen Helfern sowie ehemaligen betroffenen Prostituierten. Sie klären über Missstände in der Prostitution auf und unterstützen Aussteigerinnen. Neu ist die Zusammenarbeit mit der ebenfalls in Deutschland bundesweit, aber hauptberuflich tätigen Organisation Solwodi (Solidarity with women in distress), die psychosoziale Betreuung und anonyme Schutzwohnungen für Menschenhandelsopfer und -zwangsprostituierte Frauen anbieten.

Aktueller Auslöser dieser Initiative war das geplante Großbordell in Fürstenau im nördlichen Landkreis Osnabrück. „Wenn man sich erstmal intensiv mit dem Thema beschäftigt und auch nur ansatzweise Hintergrundwissen angesammelt hat, kann man nicht mehr wegschauen und verdrängen, was da eigentlich vor unser aller Augen passiert.“ sagt Claudia Funke als Stadtratsmitglied für die Grünen in Fürstenau.

Das gemeinsame Ziel der neuen Regionalgruppe ist Aufklärung durch Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung der BürgerInnen, was Prostitution für mehr als 90 % der anschaffenden Frauen wirklich bedeutet. Wie freiwillig ist Prostitution? Was steckt dahinter? Was machen die Frauen da durch und wer verdient eigentlich wirklich daran? Das sind die Fragen, die öffentlich diskutiert werden müssen. „Es gibt in Deutschland kaum Hilfe und Unterstützung für Aussteigerinnen durch finanzierte Programme. Die Frauen werden in ihrer Hilflosigkeit vielfach alleine gelassen. Und das in einem Land, in dem Zwang und Menschenhandel in der Prostitution so gravierend verbreitet ist und weiterhin boomt, wie in keinem anderen modernen Land.“ sagt Martina Niermann, Leiterin von Solwodi. „Grund dafür sei das 2002 von der Rot-Grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachte Gesetz zur Legalisierung der Prostitution“, ergänzt ein Teilnehmer. „Der gute Wille habe sich leider ins Gegenteil verkehrt und Menschenhandel und Zwangsprostitution im großen Stil erst möglich gemacht“, ist sich die Gruppe einig.

Auf europäischer Ebene und in mehreren unserer Nachbarländer hat sich längst ein Konsens darüber entwickelt, dass Prostitution nicht mit der Menschenwürde und der Gleichheit der Geschlechter zu vereinbaren sei und dass es langfristig gar keine andere Möglichkeit gibt, als diese Form der modernen Sklaverei in der Prostitution ein für alle Male abzuschaffen.

Ein zweites Treffen der Solwodi-Sisters wird zeitnah am Donnerstag, 6. Oktober um 19.00 Uhr im Haus der Jugend stattfinden.

Interessierte Bürger und Bürgerinnen sind herzlich eingeladen mitzumachen,
Ideen einzubringen oder einfach erst mal nur zuzuhören.
Kontakt: solwodi-sisters@riseup.net